

Nicht verlesen - Station "Arisierung": Doppelhaus Salzstrasse 3/4

Wir stehen hier am Doppelhaus Salzstrasse 3 und 4 - heute das Modegeschäft Sinn Leffers. In den 30er Jahren befand sich hier die Firma Feibes - Textil- und Kurzwarengroßhandlung, Haushalts- und Spielwaren. Die jüdische Familie Feibes betrieb seit 1873 ihre Firma in diesem Haus in der Salzstrasse 3/4 - fast 90 Jahre - solange, bis die einzelnen Familienmitglieder und Teilhaber der Firma den Maßnahmen der sogenannten "Arisierung" zu folgen hatten. Die Firma wurde 1939 aufgelöst, die Liquidation in Auftrag gegeben und das Vermögen gepfändet, das jüdische Personal entlassen.

Was bedeutet "Arisierung"?

„Arisierung“ nannten die Nationalsozialisten die schrittweise Enteignung der Jüdinnen und Juden im Deutschen Reich zugunsten des nationalsozialistischen Staates und der nichtjüdischen Bevölkerung. Der Begriff bezieht sich auf eine angebliche „arische Herrenrasse“, zu der die Juden nach nationalsozialistischer Vorstellung nicht dazugehörten - im Gegenteil: In der völkischen Vorstellungswelt der Nazis galten die Jüdinnen und Juden als Todfeinde der halluzinierten Herrenrasse.

"Arisierung" stand zum einen für den nationalsozialistischen Wunsch nach völliger Vertreibung von Jüdinnen und Juden aus dem Wirtschaftsleben sowie für das Ziel, Jüdinnen und Juden restlos alles an materiellem Besitz zu nehmen, was ein Mensch besitzen kann: Vom eigenen Unternehmen über Haus und Hof bis hin zu Haut und Haaren. "Arisierung" steht zum anderen für die zahllosen Profiteure dieses Prozesses - und diese fanden sich keineswegs allein in der Führungsriege der NSDAP.

Nicht zuletzt veranschaulicht der Begriff auch, dass es keineswegs allein darum ging, sich an den Jüdinnen und Juden zu bereichern - die "Arisierung" erfolgte auch aus massiver Judenfeindschaft, die im Weltbild des Nationalsozialismus einen zentralen Stellenwert einnahm.

Die Nationalsozialisten sprachen auch von "Entjudung" - ein Ausdruck, der an Ungezieferbekämpfung erinnern sollte und in dem bereits der Wunsch nach totaler, umfassender Vernichtung sämtlicher Jüdinnen und Juden anklingt: Der körperlichen Vernichtung ging die wirtschaftliche Vernichtung voraus.

Hören wir im Folgenden, wie dieser Prozeß der "Arisierung", der wirtschaftlichen Vernichtung der Jüdinnen und Juden im Deutschen Reich, insbesondere in Münster von statten ging. Die Firma Feibes wird uns dabei als Beispiel stellvertretend für viele andere "Arisierungen" dienen.

Der erste Höhepunkt der antijüdischen Maßnahmen nach der Machtübergabe an die NSDAP durch erhebliche Teile der deutschen Bevölkerung war der reichsweit organisierte Boykott am 1. April 1933. Jüdischer Einzelhandel, Ärzteschaft und Rechtsanwälte waren hier die vorläufigen, ersten Ziele einer allgemeinen Verdrängung der Jüdinnen und Juden aus der Wirtschaft und der anvisierten vollständigen Enteignung ihres Besitzes.

Wie überall im Reich wurden in westfälischen Groß- und Kleinstädten im Laufe der Boykottaktion Ladenschauenster zerstört und mit antisemitischen Inschriften und Plakaten verschmutzt. Auch Gewalttaten waren nicht selten: In Bielefeld z. B. wurde der jüdische Besitzer einer Altwarenhandlung von einem Schlägertrupp mißhandelt und - nachdem sein Geschäft völlig zertrümmert worden war - mit einem umgehängten Schild "Ich bin ein dreckiger Jude" auf einer Schubkarre durch die Straßen geführt.

In Münster begann der Boykott bereits am 29. März, einen Tag, nachdem die Anordnung zum Boykott durch die Parteileitung der NSDAP verabschiedet und der "Völkische Beobachter" mit der Schlagzeile "Boykottiert die Juden" erschienen war. Demonstrativ postierten sich SS- und SA-Leute vor die Eingänge jüdischer Geschäfte und Warenhäuser und behinderten den Einlaß der Kundschaft - auch vor dem Geschäft der Familie Feibes, vor dem wir heute stehen.

Käuferinnen und Käufer, die sich davon nicht abhalten lassen wollten, wurden fotografiert und teilweise in den folgenden Tagen öffentlich in Zeitungen als "Volksverräter" an den Pranger gestellt. Während der Besuch in den jüdischen Geschäften schon bald spürbar nachließ und sich viele Kundinnen und Kunden abschrecken ließen, gab es zu diesem Zeitpunkt noch Menschen, die gerade bewußt zu den Jüdinnen und Juden in die Geschäfte gingen. Knapp zwei Monate nach der Machtübergabe setzte sich mehrheitlich jedoch bereits eine Anpassung an den Willen der Nationalsozialistinnen und Nationalsozialisten durch.

An diesem Mittwoch war in Münster Wochenmarkt, die Kundinnen und Kunden drängten in die Stadt - kein Mensch konnte diese Aktion übersehen. Eine große Menge Schaulustiger stand vor den betroffenen Geschäften - das Verhalten der Mehrheit muß mit passiv abwartend bezeichnet werden.

Einige nichtjüdische Geschäfte distanzieren sich öffentlich von ihren jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern.

Münstersche Zeitung, 30. März 1933: "Auf der Salzstrasse hatte das Einheitspreisgeschäft Woolworth bald nach Beginn der Aktion ein großes Plakat im Schaufenster aufgehängt, auf dem zu lesen war, daß es sich nicht um ein jüdisches Unternehmen handle und die Firma auch nicht mit jüdischem Kapital arbeite. Dieses Geschäft konnte ungestört die zahlreichen Käufer befriedigen."

Auch die Firma Karstadt war bemüht, nicht mit Juden in Verbindung gebracht zu werden und entließ deshalb sämtliche jüdischen Angestellten am Tag des reichsweiten Boykotts.

In Münster waren neben dem jüdischen Einzelhandel vor allem Beamte und Angestellte des öffentlichen Dienstes Angriffsziel dieses ersten Boykotts. Alle Eingänge des Landgerichts wurden besetzt und zwei im Gebäude befindliche jüdische Rechtsanwälte gezwungen, das Gerichtsgebäude zu verlassen. An der Universität wurde jüdischen Hochschullehrern der Zutritt verwehrt.

Doch dies war nur der Auftakt drakonischer Maßnahmen gegen jüdische Firmen, Angestellte, Freiberufler. Jede Form der Nötigung und des Drucks wurde eingesetzt, um jüdische Eigentümer und Praxisinhaberinnen dazu zu bringen, die Praxis zu schließen und das Geschäft zu einem Bruchteil seines Wertes zu verkaufen. Mit Einschüchterungsversuchen, Drohungen, Sachbeschädigungen, alltäglichen Boykott- und Behinderungsaktionen, Firmenprüfungen, körperlichen Angriffen und Verhaftungen durch die Gestapo wurden Jüdinnen und Juden psychisch und wirtschaftlich massiv unter Druck gesetzt.

Die Methoden des Druckausübens und der Erpressung wurden im Laufe der Jahre immer offener. Die kommunalen Behörden wetteiferten mit den Parteiämtern darin, die jüdische Unternehmerschaft einzuschüchtern und gefügig zu machen.

Der NS-Gauwirtschaftsberater - die Gauwirtschaftsberater waren im NS-Staat mit der Beaufsichtigung der "Arisierungen" beauftragt - der Gauwirtschaftsberater des Gau Westfalen-Süd im März 1938 zu westfälischer Arisierungspraxis: "Die Arisierungen werden ... in der Form vorangetrieben, daß der Bürgermeister den jüdischen Geschäftsinhaber vorlädt und ihm nahelegt, sein Geschäft zu verkaufen. So konnten Arisierungen allein durch diese Maßnahmen und ohne Anwendung von Druckmitteln oder Sabotageandrohungen erreicht werden. Zudem ist zu beobachten, daß die Juden sich zumeist schon dann nachgiebig zeigen, sobald sie hören, daß die Partei sich auch nur mit ihrer Person beschäftigt."

Der wirtschaftliche Ruin war nicht aufzuhalten. Von den 100.000 Betrieben in jüdischem Besitz zu Beginn des Jahres 1933 im Deutschen Reich waren im Frühjahr 1938 nur noch weniger als 40% in jüdischer Hand - also entweder "arisiert" oder liquidiert. So oder so profitierten viele nichtjüdische Firmen, Geschäfte, Freiberuflerinnen und Selbständige. Die einen erwarben Lagerbestände, Geschäftsinventar oder sogar ganze Firmen zu Dumpingpreisen. Die anderen konnten sich über die Ausschaltung wirtschaftlicher Konkurrenz freuen.

In Münster gaben zwischen 1933 und Ende 1938 insgesamt 39 jüdische Ladenlokale den Verkauf auf. So musste z. B. bereits im Januar 1934 das Modehaus Lesser am Prinzipalmarkt das Konkursverfahren eröffnen. Drei Monate später beging Adele Lesser, die Frau des Geschäftsinhabers Moritz Lesser, Selbstmord. Sie ist damit für Münster wahrscheinlich das erste jüdische Todesopfer in Folge der antijüdischen Politik des NS-Regimes.

Im August 1937 beschrieb die jüdische Münsteranerin Henny Uhlmann die zunehmende Unmöglichkeit wirtschaftlichen Überlebens in einem Brief an ihren Sohn Heinz in Südafrika: "Die jüd. Geschäfte schwinden zusehends, & wer nicht von selbst Schluß macht, sorgt schon die lb. Partei für.- So schalteten Hertz&Co jetzt zum 15. auch gleich; eine Berliner Firma übernahm es. Die Angestellten circa noch 30 von unseren Leuten sind dadurch wieder brotlos, ihr Salär wird bis zum 1.10. ausbezahlt, aber wo sollen sie bleiben? In Europa gibt es keine Arbeitserlaubnis für sie, Afrika verschlossen [,] Süd-Amerika gesperrt;..."
Das Kaufhaus Hertz&Co., das in diesem Brief erwähnt wird, befand sich übrigens hier um die Ecke am Prinzipalmarkt 5.

Nicht nur die in dem Brief erwähnte erzwungene Aufgabe vieler jüdischer Geschäfte und Praxen führte zu steigenden Arbeitslosenzahlen unter Jüdinnen und Juden. Weil zudem viele nichtjüdische Firmen jüdische Angestellte entließen, stieg die Zahl der arbeitslosen Jüdinnen und Juden dramatisch an. An eine neue Anstellung war kaum zu denken - dies verhinderten in der Regel der zunehmende Antisemitismus sowie der steigende Druck auf Firmen, die noch Jüdinnen und Juden beschäftigten.

Auch in der Münsteraner Stadtverwaltung war man 1937 bestrebt, die letzten eventuell noch beschäftigten Jüdinnen und Juden zu entlassen.

Anfang 1938 waren der jüdische Einzelhandel und die freien Berufe schon weitgehend ausgeschaltet. Mindestens die Hälfte der jüdischen Angestellten, Arbeiterinnen und Arbeiter war arbeitslos.

Das dem Novemberpogrom 1938 heute vor 70 Jahren vorausgegangene Attentat auf einen Gesandten der deutschen Botschaft in Paris diente als Aufhänger, um den bereits weit fortgeschrittenen Prozeß der Ausschaltung zu beschleunigen.

Wie bei vielen noch bestehenden jüdischen Geschäften wurde heute vor 70 Jahren hier in der Salzstrasse 3/4 die Schaufensterdekoration durch SA und SS geplündert und die Ladeneinrichtung zerstört. Vor dem Geschäft der Familie Feibes, wo wir jetzt stehen, brennen Tuch- und Stoffballen. Fritz Feibes - der das Geschäft zusammen mit seinem Vater Julius betrieb - flüchtete zur Wohnung des Rabbiners Dr. Fritz Steinthal. Einen Bericht dazu werden wir an einer der nächsten Stationen dieses Stadtrundgangs hören.

Die Schreckensbilanz der Reichspogromnacht in Zahlen: Fast alle damals im Deutschen Reich noch bestehenden Synagogen - ca. 400 - gingen in Flammen auf. An die 100 jüdische Menschen wurden umgebracht. 30.000 Jüdinnen und Juden wurden in Konzentrationslager verschleppt - niemand weiss, wie viele von ihnen lebend wieder herauskamen. Auf den Straßen häuften sich die Scherben der Schaufenster von ungefähr 7.500 jüdischen Geschäften - viel mehr wird es im Deutschen Reich zum damaligen Zeitpunkt schon nicht mehr gegeben haben.

Nach der Pogromnacht werden die jüdischen Bürgerinnen und Bürger dazu verpflichtet, die Kosten für die Beseitigung der Verwüstungen tragen. Zustehende Versicherungsleistungen - ca. 225 Mio. Reichsmark - werden zugunsten des NS-Staates konfisziert. Zudem wird ihnen auferlegt, den Betrag von einer Milliarde Reichsmark zu zahlen. Zerstörte Synagogen, Gemeindehäuser und Betsäle müssen auf eigene Kosten abgerissen werden. Seit dem Pogrom geschlossene oder demolierte Geschäfte dürfen erst gar nicht wieder öffnen - es sei denn, die Überführung an

nichtjüdische Eigentümerinnen und Eigentümer ist gesichert.

Um all dies überhaupt noch bezahlen zu können, waren jüdische Mitbürgerinnen und Mitbürger gezwungen, ihren Besitz zu verkaufen. Zudem brach bei vielen Jüdinnen und Juden Panik aus - vielen wurde nach den Ereignissen der Pogromnacht klar, daß die Chancen für ein weiteres Überleben in diesem Staat rapide abnahmen. Daher bereiteten sie eiligst ihre Flucht durch Auswanderung vor. Die massenhafte "Arisierung" von Grundstücken, Immobilien, Einrichtungs- und Wertgegenständen nahm nun ihren Anfang.

Aus einem Lagebericht der Gauleitung Westfalen Nord: "Die Neigung der Juden, auch ihren Grundbesitz zu veräußern, ist offenbar durch die Ereignisse vom 9./10. November 1938 sehr verstärkt worden, so daß, soweit es nur auf den Veräußerungswillen der Juden ankommt, es nur eine Frage von Wochen ist, bis der gesamte jüdische Grundbesitz abgestoßen sein dürfte." So kamen viele nichtjüdische Deutsche - auch in Münster - aufgrund der Not ihrer jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger zu wahren Wohnungs-, Häuser und Grundstücksschnäppchen.

Nach der Reichspogromnacht ging es nun Schlag auf Schlag. Innerhalb weniger Wochen nach dem 9. November wurde den meisten abhängig beschäftigten Jüdinnen und Juden gekündigt. Im wesentlichen durften in den verschiedenen Erwerbszweigen jeweils nur noch so viele Jüdinnen und Juden tätig sein, wie zur Versorgung der anderen Jüdinnen und Juden unbedingt nötig schien. Auch die nun zur Verfügung stehende enorme Arbeitskraft wurde für den NS-Staat und die nichtjüdische Bevölkerung ausgebeutet: Jüdinnen und Juden wurden zu nicht entlohnter Arbeit bei öffentlichen und privaten Unternehmen zwangsverpflichtet.

Im Dezember 1938 wurde die "Zwangsarisierung" aller derjenigen jüdischen Betriebe verordnet, die bisher noch nicht veräußert oder aufgelöst waren ("Verordnung über den Einsatz des jüdischen Vermögens"). Einen Monat später - im Januar 1939 - wurde die "Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben" gesetzlich beschlossen: Jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern wurde der Handel und jegliches Betreiben von Geschäften, Handwerks- und Dienstleistungsbetrieben verboten. Auch der Familie Feibes wurde der Betrieb ihres Geschäftes untersagt.

Zudem war es Jüdinnen und Juden nun verboten, auf Märkten, Messen und Ausstellungen Waren und Dienstleistungen zum Verkauf anzubieten.

Im März 1939 verkündet das Rechtsamt der Stadt Münster, daß sich in Münster kein Geschäft mehr in jüdischer Hand befinde. Fritz Feibes flüchtete zu seiner Tochter nach England. Das Firmenvermögen wurde noch im gleichen Jahr gepfändet. Anfang 1941 wurde das Unternehmen weit unter Wert zwangsverkauft. Die Firma Feibes, die seit 1854 im Zentrum der Stadt etabliert war, war somit das letzte Geschäft in Münster, das im Zuge der nationalsozialistischen "Entjudung der deutschen Wirtschaft" zugunsten nichtjüdischer Deutscher enteignet wurde.

Julius Feibes - der Vater von Fritz und Mitinhaber des Geschäftes - starb im Januar 1942 hier in Münster. Sein Grab findet sich auf dem jüdischen Friedhof an der Einsteinstrasse.

Hedwig Feibes, Ehefrau von Fritz Feibes, wurde deportiert und in Auschwitz ermordet.

Im April 1939 beschloss das NS-Regime, die meisten Jüdinnen und Juden hätten ihre Wohnungen und Häuser zu verlassen und in einigen wenigen, staatlich bestimmten jüdischen Häusern und Wohnungen zusammenzuziehen. Dieses erneute Terrorgesetz diente zum einen zur Ghettoisierung, stärkeren Isolierung und besseren Überwachung der Jüdinnen und Juden, zum anderen der weiteren Enteignung jüdischen Eigentums.

In Münster wurden 14 Häuser zu sogenannten "Judenhäusern" bestimmt. Ungefähr 205 Jüdinnen und Juden wurden in diesen 14 Häusern auf engstem Raum zusammengepfercht. Das Haus, vor dem wir stehen, war eines dieser "Judenhäuser".

Die Münsteranerin Meta Seelig schrieb im Juli 1939 anlässlich ihres Umzugs in eines der sogenannten "Judenhäuser": "Wir versuchen an nichts zu denken, denn wieviel Erinnerung trägt dieses Haus und wird wachgerufen, wenn man es verlassen muß. ... Je schneller, desto besser, um nicht zu sehr trüben Gedanken zu verfallen." Wer seine Wohnung aufgeben musste, verlor zugleich ein grosses Stück seines emotionalen und sozialen Rückhalts: Die Hausgemeinschaft, ein vertrautes Stadtviertel, den gewohnten Freiraum und nicht zuletzt liebgewordene Einrichtungsgegenstände, alte Erbstücke oder auch den gewohnten Blick aus dem Fenster.

Die Zwangsumsiedlungen waren der Start für eine neue Enteignungswelle: Privathäuser, Möbel, Haushaltsgegenstände, persönliche Dinge des Alltags, die in die neuen beengten Wohnverhältnisse nicht mitgenommen werden konnten, mussten verschenkt oder schnellstmöglich verkauft werden. Die nichtjüdische Bevölkerung hatte so ein weiteres Mal die Möglichkeit, Profit aus der Situation der jüdischen Bevölkerung zu schlagen.

Nach Beginn der Deportationen aus Münster am 13. Dezember 1941 wurde das restliche Wohnungsinventar der ehemals jüdischen Eigentümerinnen und Eigentümer entweder verschenkt oder der nichtjüdischen Bevölkerung im Rahmen von den Finanzämtern organisierten Versteigerungen kostengünstig angeboten.

Auf öffentlich beworbenen Versteigerungen wurde der Besitz jüdischer Bürgerinnen und Bürger an die nichtjüdische Bevölkerung verkauft: Gastwirtschaftssäle und Turnhallen wurden aufgrund der enormen Menge an Gegenständen zu Verkaufsräumen umfunktioniert.

Das Finanzamt, das Wohnungsamt und andere Behörden der Stadtverwaltung Münsters arbeiteten bezüglich der Verwertung jüdischen Eigentums in enger Kooperation. Das Wirtschaftsamt der Stadt Münster erhielt den Auftrag zum Abtransport und Verkauf der Gegenstände. Schmuck und sonstige Wert-, Gold- und Silbersachen mußten zur Verwertung an die Zentralpfandleihanstalt nach Berlin geschickt, Gemälde oder Kunstgegenstände durch die Reichskulturkammer abgeschätzt werden. All dies bürokratisch perfekt und bis ins kleinste Detail geplant, verordnet, organisiert.

Doch damit nicht genug. Im Zuge der sogenannten "M-Aktion" - das "M" stand für "Möbel" - schafften tausende von vollgestopften Güterwaggons und Schiffen den jüdischen Besitz aus den von der Wehrmacht besetzten Gebieten ins Deutsche Reich. Organisiert durch die Finanzämter fanden so z. B. im August 1944 in den Messehallen Köln fast täglich Versteigerungen statt, ebenso auf dem Schlachthof in Düsseldorf, im Hamburger Hafen oder in anderen deutschen Großstädten. Tausende kamen - durch Zeitungsanzeigen aufgerufen - und ersteigerten vor allem Mobiliar. Auch in Münster fanden solche Versteigerungen des aus den besetzten Gebieten geraubten jüdischen Eigentums statt. Dabei wurde der Bevölkerung nicht verheimlicht, von wem die Versteigerungsobjekte ursprünglich stammten.

Der Leistungsbericht der für die "M-Aktion" zuständigen Dienststelle stellt fest - die Bevölkerung ist dankbar:

"Die große psychologische Wirkung auf die ... Volksgenossen durch die Versorgung mit Wohnungseinrichtungen ist aus dem der Dienststelle von Seiten der Bevölkerung aller Berufsschichten eingehenden Anerkennungsschreiben derart eindrücklich vermittelt, dass die Notwendigkeit schnellster Hilfe immer wieder eindrücklichst aufgezeigt wird."

Die Jüdinnen und Juden näherten sich derweil den Stätten ihrer letzten, immer noch profitablen Verwertung: Von der Zwangsarbeit in den Zweigwerken deutscher Firmen über die Verwendung als menschliche Versuchsobjekte für wissenschaftliche Institute bis hin zur Nutzbarmachung von Zahngold, Haaren, Haut und Knochen - alles, wirklich alles wurde in Profite für das deutsche Reich und die nichtjüdische Bevölkerung verwandelt.

Und während so die jüdische Bevölkerung zu Tode "arisiert" wurde, dienen ihr Besitz an Möbeln,

Kücheneinrichtungen, Elektrogeräten, Kleidungsstücken, Kinderspielzeugen in der Nachkriegszeit als Ausstattung für deutsche Behörden, Krankenhäuser, Schulen, Waisenhäuser, Frontheimkehrer. Das Kaufhaus "Leonhard Tietz" heißt nun "Kaufhof AG". Die Deutsche Bank und die Dresdner Bank verdienten an der "Arisierung" über 400 Millionen Euro. Und auch in Münsters Wohnzimmern steht so manches teure, antike Porzellanservice - wirklich spottbillig erworben.

Viele werden sagen, sie hätten von nichts gewußt.